

## **Das Finanzproblem.**

Alle Gläubiger Deutschlands sind gleichermaßen darüber, daß für Mitte November vorgesehene Brüsseler Finanzkonferenz zu spät kommt oder zu früh. Zu spät, um die finanzielle Grundlage der bisher verabschiedeten Reparationsleistungen, die deutsche Papiermark, zu retten; zu früh, weil der erforderlichen Einmündigkeit das Hilmwerk an einer deutschen Wirtschaft zu beginnen, deren Träger jetzt in irgend einer Art bereits auf der Goldwährung stehen müßten.

Denn die deutsche Papiermark stirbt, und es hat keinen Zweck, auf besondere Leistungen eines Sterbenden noch ausdrücklich zu verzichten. Möglich, wenn auch nicht gewiß, daß die Gläubigergemeinde ihr Ziel in den Grenzen des wirtschaftlichen Leistungsfähigen erreicht hätten, wenn sie schon in den Tagen des Versailler Friedens ausführlich genug gewesen wären, die deutsche Wirtschaft zwei bis drei Jahre lang aufzufüllen, um dann die Zahlungen in einer zwischenzeitlich gefestigten Währung zu empfangen; denkbar, wenn auch nicht gewiß, daß noch im Frühjahr 1922, nach den Vorschlägen der Bankenkonferenz, der Fall der Mark hätte aufzuhalten und künftige Reparationsleistungen ohne Währungsumsturz hätten vorbereitet werden können. Das ist jetzt vorbei. "Reparations" auf dem Grundlage der Papiermarkförderung sind überhaupt nicht mehr möglich; andererseits kann sich das Reich von der Papiermark bis auf Weiteres nicht loslösen. Es kann wohl und versucht es tatsächlich die Goldmark als rechnerische Einheit weitgehend zu lassen, aber es verfügt darum nicht über "Goldmark". Das unsichtbare, tatsächlich nicht vom Gold, das unbedenklich ist, macht die Preise, Löhne, Steuern, am Dollar gemessen, zwar "fest", an der als Zahlungsmittel immer noch unentbehrlichen Papiermark gemessen aber "gleitend". Ganz Deutschland nimmt die Devisen zum Wertmaßstab — ohne Devisen zu haben.

Dies ungemein Schiefal der deutschen Währung aber stellt das Ausland vor ein Wirtschaftsproblem, neben dem die eigentlichen Reparationszahlungen einfach verschwinden. Will man draußen die deutsche Wirtschaft nicht einfach aufgeben, so kann man nicht mehr, wie bisher, die Hilfsmittel nach dem Reparationsbedarf abstimmen, sondern muß umgekehrt, die Reparationsmöglichkeiten nach dem Ergebnis der Hilfeleistung bestimmen. Mit andern Worten: Die heutige Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist gleich Null; die künftige Reparationspflicht ist keine bestimmte, sondern eine wechselseitige, funktionelle, aus dem Stand einer neuen Währung und aus dem Vertrauen des Weltfinanzmarktes jeweils zu erreichende Größe. Auch sie „gleitet“.

Dass es so ist, erkennt man aus dem offenbar freilich sehr ungern wiedergegebenen, Vorschlag des Engländer Bradbury. Danach sollen die Gläubigerstaaten dem Reich eine fünfjährige Zahlungsfrist gewähren, für den gleichen Zeitraum Wechsel annehmen und, jeder für sich — aufsehen ob, wie und in welchem Umfang sie für diese Wechsel Beiheld bekommen. Gemeinschaftlichkeit soll nicht bestehen, jeder Staat ist, wenn Deutschland die Wechsel nicht einzölen kann, für seinen Teil den Beteilern haftbar. Natürlich ist diese hauptsächlich französische Blätter entstammende, Etappe nicht zuverlässig; So, wie der Vorschlag wiedergegeben wird, wäre es einfach die Einlösung, Deutschland zu verausklippen. Denn die Gläubigerstaaten, um auf die deutschen Wechsel überhaupt erst Geld bekommen und es später zurückzahlen zu können, müssten den Darleihern enttäuschende Bärtschafte vorlegen, das bedeutet: Sie würden die „Pfänder“ fordern und nehmen, die ihnen gestellt. Verfahren könnte es Ihnen niemand, da ja die Gemeinschaftlichkeit ausdrücklich ausgeschlossen sein soll. Das also der Vorschlag, wie er wirklich laufen mag, einen Sinn, so fehlt er die Einigung über die Bürgschaften, die Begrenzung des Rechtes auf Abnahme voraus. Dann freilich trage er zur Auflösung des Tatbestandes bei und er würde zeigen, daß die deutsche Reparationspflicht, als unbestimmte Größe, zwischen den Schienen dieser Gleitei, was bei der Finanzierung der deutschen Wirtschaft tatsächlich herauskommt: daß sie nichts anderes als eine Funktion des deutschen Kredites — und des Kredites der Gläubigerstaaten auf dem Weltmarkt ist.

## **Eine Währungsanleihe.**

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag mit der Beratung weiterer Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung der Mark führen sollen. Besprochen wurde u. a. der Plan der Währungsanleihe. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

## **Englischer Protest in Berlin.**

Die Schlußuren, die in verschiedenen deutschen Staaten den Ausländern für die Erlangung der Ausentschuldigungserklärung vorliegen, haben zu Vorstellungen bei den deutschen Behörden durch die englische Regierung geführt. Das englische Auswärtige Amt sieht darin einen Verstoß gegen den Friedensvertrag. Die Beschwerde bildet zur Zeit den Gegenstand der Beratung bei den zuständigen Stellen in Berlin.

## **Die Deutsche Volkspartei für die Verschiebung der Reichspräsidentenwahl.**

Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei sieht sich erneut für die Verschiebung der Reichspräsidentenwahl ein. Es schlägt vor, die Frage der Präsidentenwahl durch den Reichstag dahin gelegentlich zu lassen, daß sie gleichzeitig mit den nächsten Reichstagswahlen im Sommer 1924 erfolge. Damit würden, wie es in dem Organ heißt, die Bedenken, die gegen ein weiteres Provisorium der Präsidentschaft Ebert sprachen, beseitigt. — Der "Folksangeiger" erläutert, daß der volksparteiliche Abgeordnete Stünnes vor einigen Tagen in einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten Gründe geltend gemacht habe, die für eine Verschiebung der Wahl sprachen. Göttern hat der volksparteiliche Parteivorsitz zur Frage der Präsidentenwahl Stellung genommen. Aus der Ansprache hat sich fast "keit" ergeben, daß der Parteivorsitz zur Ausschaltung stimmen, daß es nicht empfehlenswert erscheint, die Präsidentenwahl am 8. Dezember vorzunehmen. Der Parteivorsitz ist der Meinung, daß wir in der inneren Politik zurzeit die Einheit nicht durch Wahlentscheidungen gesichernden und daß die erhöhte Entwicklung auch aus Rücksicht auf die außenpolitische Lage nicht gehoben werden darf. Die Deutsche Volkspartei wird ihre Bemühungen weiter darauf richten, daß die Wahl des Reichspräsidenten durch Reichstagsbeschluss noch hinausgezögert werde. Nach einer weiteren Riedlung des "Folksangeiger" sollen von Seiten der Deutschnationalen Volkspartei bereits Verhandlungen und Sonderungen darüber stattgefunden haben, ob die Kandidatur Hindenburg auch bei anderen bürgerlichen Parteien in Frage kommt. Das bedeutet, so schreibt das Blatt, daß die Deutschnationalen nur dann Hindenburg zu einer Kandidatur veranlassen würden, wenn er nicht als Kandidat der Deutschnationalen, also nicht als Parteidoktor in Frage käme.

## **Frankreich lehnt den Antrag Bradburys ab.**

Bradbury empfiehlt ein fünfjähriges Moratorium.

### **Der Antrag Bradburys.**

"Petit Journal" glaubt über den Antrag Bradburys, der der Reparationskommission vorliegt, folgende Angaben machen zu können. Deutschland ist von allen Zahlungen für fünf Jahre zu entbinden. Die deutsche Regierung habe der Reparationskommission für die für 1924/25 und 1926 vorgesehenen Zahlungen Wechsel oder Schuldenverzehrungen zu übermitteln, die jede der alliierten Regierungen nach Möglichkeit nötig zu machen suchen würde; und zwar für eigene Rechnung und auf Grund ihrer eigenen Bürgschaft. Mit anderen Worten, es gäbe dann keine gemeinsame Garantie der Alliierten. Wenn Frankreich beispielsweise Geldschulden finde, die ihm seinen Anteil auf Grund der deutschen Wechsel auszuzahlen, sei es ihnen gegenüber allein verantwortlich, falls Deutschland bei Verlaßlauf die Zahlungen verweigern sollte. "Petit Journal" vertritt den Standpunkt, daß die internationalisierte Solidarität heute vielleicht schwieriger aufrechtzuhalten sei, als zu der Zeit, als die belastige Prioritätsforderung noch nicht gegeben gewesen und die französische Entente weniger gelockert gewesen sei. Vom Standpunkt der französischen Interessen erfordere der Antrag Bradbury die ganze Ausverhandlung der Regierung und der öffentlichen Meinung. Auch nach diesem Blatte wird jetzt kaum noch von einer Konferenz in Brüssel gesprochen, die eine Vereinbarung der Ansichten unter den Alliierten voraussetze; diese sei durch die Ereignisse der drei letzten Monate ein wenig verschoben worden.

### **Frankreich erklärt den Vorschlag Bradburys für unannehmbar.**

Noch einer von der Agence Havas veröffentlichten offiziellen Mitteilung trat gestern unter dem Vorstoß des französischen Ministerpräsidenten eine Konferenz zusammen, um über die Sollung der französischen Ansprüche anlässlich des Marktkrieges und seiner Folgen für die Reparationszahlungen zu beraten. Der von Sir John Bradbury der Reparationskommission übermittelte Vorschlag sieht, wie es in der Mitteilung heißt, in dem Teile, der den Plan einer Finanzreform enthält, tatsächlich umfangreiche Maßnahmen vor, deren Wirkung ganz besonders von dem guten Willen des Deutschen Reichs abhängt. Der positive Vorschlag, der den Ansatz begleitet und der ein Moratorium für Deutschland auf fünf Jahre für alle seine Zahlungen vorsieht, erscheint schon jetzt als unannehmbar für die französische Regierung; denn er greift der Zukunft und dem Gedanken Deutschlands für einen so langen Zeitraum vor, ohne daß die Alliierten in dieser Beziehung irgendwelche erkennbare Grundlage der Beurteilung besitzen. Im allgemeinen hat sich die Stellung der französischen Regierung seit der Londoner Konferenz im August d. J. nicht verändert. Die Erörterung in London bezog sich ausschließlich auf das Moratoriumsgebot Deutschlands, und die Entscheidung wurde der Reparationskommission überlassen. Da die nur vorläufige Entscheidung trotzdem hat, die sich ausschließlich auf die Zahlungen für 1922 bezieht, da sie über die von Deutschland zu fordern Finanzreform nicht entschieden hat, so steht die Kommission von neuem vor derselben Frage. Anders würde es logisch erscheinen, daß jede Entscheidung der Reparationskommission in dieser Beziehung ausgeschoben würde, bis die alliierten Regierungen die gelöste Reparationsfrage auf der Brüsseler

Konferenz, die im November oder spätestens Anfang Dezember zusammentreten soll, wenn nicht vereinbart, so doch wenigstens besprochen werden.

### **Eine offizielle Sitzung der Reparationskommission.**

Wie die Agence Havas meldet, hielt die Reparationskommission gestern nachmittag eine offizielle Sitzung ab, in der die Prüfung der Finanzlage Deutschlands und der Maßnahmen zur Verbesserung einer neuen Stufe fortgesetzt wurde. Das Dekret der deutschen Regierung, daß den Verkehr mit ausländischen Devisen regelt, ist von den Alliierten gänzlich abgenommen worden; jedoch ist es überzeugend, daß noch andere Maßnahmen ins Auge gesetzt werden müssen. Es bestätigte sich, daß eine Entscheidung gestern wahrscheinlich nicht getroffen werden konnte.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern vormittag den Vorsitzenden der Berliner Kontrollkommission General Rolet empfangen.

### **Beginn der Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen.**

Im Reichsfinanzministerium begannen gestern nachmittag die Ausgleichsverhandlungen mit den Vertretern der belgischen, französischen und belgischen Regierung. Deutscherseits nahmen an den Beratungen Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Wiederaufbauministers und des Ausgleichsministers teil.

### **Unser Rechtsstreit gegen den Vertrag.**

Im Club für Handel, Industrie und Wissenschaft in Frankfurt a. M. wandte sich Reichsminister Dr. Köster in einem Vortrage entschieden gegen die Meinung, daß man von den Rechtsgrundlagen des Versailler Vertrages möglichst wenig sprechen solle. Das Wilson-Programm sei von der deutschen Regierung als Grundlage der Friedensverhandlungen gesichtet und von den Alliierten anerkannt worden. Im einzelnen wies der Minister auf das Zustandekommen des Vorvertrages zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern hin, schilderte die Einschränkung des Wilson-Programms gerade in Bezug auf die Reparationsfrage und bestieß sich, daß nach der Novembernote Deutschland einzigt für alle Schaden der Zivilbevölkerung reparationspflichtig sei. Unter Berichtigung des Materials, das in Frankreich, England, Italien und Amerika veröffentlicht worden ist, erläuterte er, wie die Alliierten diese freiwillig übernommene Bindung wieder zu zerreißen suchten. Nur durch Vertrag brach sie es möglich gewesen, Deutschland entgegen dem Vertrag auch die Zahlung der Renten und Pensionen für die Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen in den Ländern der Alliierten aufzuerlegen. Damit aber verbreitete sich die Summe dessen, was Deutschland zu leisten nach der Novembernote bereit und verpflichtet wäre und womit sich die Alliierten zunächst zufrieden hätten. Daraus ergab sich der Schluss, daß sich unser Rechtsstreit mindestens ebenso gegen die falsche Grundlage dieser viel zu weit gehenden Haftbarkeit wie gegen die darin enthaltene Schuldumfrage richtet muß.

gebracht; aber Frankreich könnte aus dem Friedensvertrag das Recht herleiten, das Privatvermögen in Deutschland zu beschlagnahmen.

### **Griechenland hat angenommen.**

Aus Athen wird gemeldet: Die Regierung hat das Abkommen von Mudania angenommen. Die alliierten Generale haben beschlossen, eine alliierte Kommission zu dem Oberbefehlshaber des griechischen Streitkräfte General Ridder nach Anatolien zu senden, um mit ihm die Bestimmungen bezüglich der Rückführung Thrakiens und der Belebung des Landes durch alliierte Militär festzulegen. Die Franzosen werden Montenegro, Krfk-Albania und Illyria-Burgas, die Engländer Noostro, Grieken und Murtospri, die Italiener Thessaloniki besetzen. Diese Besetzung erfordert 7 Divisionen und 2 Schwadronen. Auf dem rechten Maritano werden die Italiener Tedescaic, die Engländer Kreta-Burgas und Demotiko und die Franzosen u. a. Karabidz befehlen.

"Bravo" schreibt: Der Waffenstillstand von Mudania fordert der Türke Anatolien und Thrakien und liefert dem englischen Imperialismus eine starke Stellung am Bosporus aus, welche England während der Friedensverhandlungen ausnutzen wird, um der Türke inhaltliche wirtschaftliche und militärische Bedingungen aufzutragen. Die Türkei hat den Waffenstillstand trotz dieser Gefahren geschlossen, um einen Krieg mit England zu verhindern und eine notwendige Aufwärtsfahrt zu erlangen. Die Friedensverhandlungen bergen Gefahren für die Türkei, da Frankreichs Standpunkt dem englischen unterlegen ist.

Angesichts der Stellung der alliierten Front kann nur ein Bündnis der westlichen Massen Russlands und der Türkei dieser eine vorzeitliche Lösung des Konfliktes vorbringen. Die russische Auseinanderstellung über Konstantinopel ist bis zur Klärung der Lage an den Dardanellen eingestellt worden.

Die Oberkommissare der Alliierten in Konstantinopel haben dem Vertreter Angoras zur Übereinstimmung an den femalistischen Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten eine Note übergeben, in der darauf hingewiesen wird, daß gewisse Nachrichten aus folgenden Soldaten in besondern Lagern konzentriert und als Hochverräter vor ein Kriegsgericht gestellt seien, weil sie als türkische Staatsangehörige gegen ihr Vaterland gekämpft hätten. Die Note gibt, gestützt auf humanitäre und andere Erwägungen, der Hoffnung Ausdruck, daß im Interesse der Wiedervereinigung der in der Türkei lebenden Rassen Segnungsgründung erfolge.

Dr. Mansen, der seit dem 5. Oktober in Konstantinopel weilt, wird nach in Genf eingegangenen Meldungen in diesen Tagen mit Mustafa Kemal Paşa zusammenzutreffen, um mit ihm die Maßnahmen zur Unterbringung der Flüchtlinge aus Kleinasien zu besprechen. Hieraus wird sich Mansen nach Athen begeben, um ebenfalls mit der griechischen Regierung Rücksprache zu nehmen. Als eine der größten Schwierigkeiten der nächsten Zeit betrachtet Mansen die Versorgung der Flüchtlinge, sobald sie einmal in Griechenland eingetroffen sind. Die vertriebenen Bevölkerungen, denen sich die griechische Regierung gegenüber befinden wird, könnten dann nur mit Hilfe anderer Regierungen, möglichst durch Vermittlung des Tschirks, geöst werden. Wie man weiter erläutert, will Mansen auch die türkischen Flüchtlinge, die in Kon-

### **Aus der französischen Kammer.**

Die französische Kammer setzte gestern die Interpellationssitzung fort. An erster Stelle interpellierte Abg. Canavelli (Soz.) über den Matrosenstreik. Marcel Hubert interpellierte über die Regierungsmassnahmen, um den Frieden aufrecht zu erhalten und eine gerechte Regelung der Forderungen an Deutschland sicherzustellen. Der Friede müsse sichergestellt werden, Meinungsverschiedenheiten beständen nur hinsichtlich der Mittel, die zum Ziele führen. Viele Deutsche, die sich während des Krieges bereitkerten, hätten ihr Vermögen nach dem Auslande